

Vortrag an den Ministerrat

Außerordentliche Tagung des Rates für Justiz und Inneres in der Zusammensetzung der Innenministerinnen und Innenminister am 25. November 2022 in Brüssel

Am 25. November 2022 fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Rates für Justiz und Inneres in der Zusammensetzung der Innenministerinnen und Innenminister statt. Für Österreich nahm der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, teil.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

- Die derzeitige Lage entlang aller Migrationsrouten – Bestandaufnahme der dringenden Herausforderungen und Plan für ein gemeinsames Vorgehen

Die Tagung fand vor dem Hintergrund des zunehmenden Migrationsdrucks auf allen Migrationsrouten statt, einschließlich der besonders schwierigen Situation im Mittelmeerraum und entlang den Balkanrouten sowie der Flüchtlingskrise infolge des Krieges in der Ukraine.

Die Ministerinnen und Minister betonten wie wichtig es ist, alle Routen im Sinne eines Gesamtansatzes genau zu beobachten und entschlossene und konkrete Maßnahmen im Bereich der externen Dimension der Migration zu ergreifen. Die Mehrheit der Ministerinnen und Minister begrüßte die Vorstellung des Aktionsplans der Europäischen Kommission für den zentralen Mittelmeerraum und erklärte ihre Bereitschaft, zu dessen rascher Umsetzung beizutragen. Gleichzeitig unterstützten die Ministerinnen und Minister die Entwicklung ähnliche Aktionspläne für die anderen Hauptmigrationsrouten durch die Europäische Kommission, insbesondere die Balkanrouten.

Die Ministerinnen und Minister bekräftigten ihre kontinuierlichen Bemühungen um den Aufbau eines nachhaltigen Migrations- und Asylsystems, unter anderem durch Fortschritte bei der laufenden Reform, und begrüßten die Arbeit des tschechischen Vorsitzes in dieser

Hinsicht. Sie betonten, dass der EU-Rechtsrahmen widerstandsfähig gegen Missbrauch und in der Lage sein muss, unter anderem auch die Folgen von Ausschiffungen nach Such- und Rettungsaktionen und von Sekundärmigration im Schengenraum sowie die zunehmenden Risiken und hybriden Bedrohungen an den Außengrenzen Grenzen zu bewältigen.

Österreich begrüßte die Abhaltung der außerordentlichen Tagung zum Thema irreguläre Migration. Der von der Europäischen Kommission präsentierte Aktionsplan wurde von Österreich großteils unterstützt. Österreich begrüßte auch die Ankündigung der Europäischen Kommission, einen Balkan-Aktionsplan auszuarbeiten. Österreich habe in zehn Monaten 90.000 Asylanträge erhalten, damit sei es pro Kopf einer der belastetsten Mitgliedsstaaten. Von den 100.000 Aufgriffen an der Grenze seien 75.000 Personen davor nicht registriert gewesen. Österreich führe die Erstregistrierung durch, weil bekannt sein müsse, wer sich in der EU aufhalte. Zudem stellte Österreich einen fünf-Punkte-Plan vor: 1) Zunächst brauche es einen robusten, EU-finanzierten Außengrenzschutz in rechtlicher und technischer Hinsicht. Dies beinhalte ein Pilotprojekt für rasche Asylverfahren an der Außengrenze. 2) Es müsse auch eine neue Rechtsgrundlage geben, die es ermöglicht, in kurzer Zeit jene rasch zurückzuweisen, die keine Chance auf Asyl haben. 3) Es sollen Asylverfahren in sicheren Drittstaaten möglich sein und das Modell von Dänemark betreffend Asylverfahren in sicheren Drittstaaten herangezogen werden. 4) Es müsse die Status-Verordnung die Aberkennung eines Schutzstatus bei wiederholten oder schweren Straftaten ermöglichen. 5) Es brauche den stärkeren Einsatz von Frontex und den vollen Einsatz von EU-Geldern auch für bilaterale Einsätze zur Stärkung des Außengrenzschatzes. Der von Österreich präsentierte fünf-Punkte-Plan wurde von mehreren Mitgliedsstaaten unterstützt.

Der tschechische Vorsitz stellte die Ergebnisse der Diskussion in einer unter seiner Verantwortung herausgegebenen Zusammenfassung dar.

- Sonstiges: Treffen der Polizeichefs im Rahmen des Brdo-Prozesses am 17.-18. November 2022

Slowenien informierte über das am 17.-18. November 2022 stattgefundene Treffen der Polizeichefs des Brdo-Prozesses.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

3. März 2023

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister